

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Klaus droht

(spk/dpa) Der Finanzminister der CSFR, Vaclav Klaus, hat nach Darstellung der slowakischen Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) vom Mittwoch der Teilrepublik im Falle einer Abspaltung mit Wirtschaftsmassnahmen gedroht. Klaus hatte in der tschechischen Teilrepublik mit seiner konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) die Wahlen gewonnen.

Maastricht soll Erfolg werden

(spk/dpa) Die Europäische Gemeinschaft ist entschlossen, die Verträge von Maastricht auch nach der dänischen Ablehnung zu einem Erfolg werden zu lassen. In diesem Sinne äusserten sich Vertreter des Ministerrates, der EG-Kommission und der grossen Fraktionen des Europaparlaments am Mittwoch in Strassburg.

Weltraum-Kooperation

(AP) Japan wird im Juli eine Kommission nach Russland entsenden, um die Chancen einer Zusammenarbeit bei der Erforschung des Weltraums zu prüfen. Dies gab am Mittwoch die Behörde für wissenschaftliche und technische Forschung in Tokio bekannt. Die Japaner arbeiten zur Zeit an Plänen für eine unbemannte Raumfähre und einen Satellitenstart zum Mars, der für 1996 vorgesehen ist.

Zwischen Strafbarkeit von Drogenkonsum und legaler Spritzenabgabe

Der Landtag befasst sich in der nächsten Woche erneut mit «Spritzen für Drogenabhängige» – Im Vordergrund steht die Verhinderung von Aids

(G.M.) – Drogenpolitik kann offenbar nicht gradlinigen Wegen folgen, wenn den verschiedenen Auffassungen, Auswirkungen und Widerständen entsprechend Rechnung getragen werden soll. Vor diesem Dilemma stehen derzeit auch die liechtensteinische Regierung und der Landtag, die sich aus Gründen der Aids-Prophylaxe für die straffreie Abgabe von sterilen Spritzen durch Ärzte an Drogenabhängige ausgesprochen haben, aber die Strafbarkeit von Drogenkonsum und insbesondere von Drogenhandel nicht aufheben wollen. Nachdem der Landtag in seiner April-Sitzung das Drogenkonzept 1992 der Regierung grundsätzlich genehmigte, steht die Beschlussfassung über die Spritzenabgabe in der nächsten Woche bevor.

Die von der Regierung aus Gründen der Aids-Prophylaxe vorgeschlagene Änderung des Betäubungsmittelgesetzes bezweckt die Schaffung eines strafrechtlichen Rechtfertigungsgrundes, wonach eine Ausnahme von der allgemeinen Regel der Strafbarkeit der Abgabe von Spritzen an Drogenabhängige im Sinne der Beihilfe zum Drogenkonsum geschaffen werden soll. Der zur Diskussion stehende Artikel für das Betäubungsmittelgesetz lautet: «Zur Vermeidung der Verbreitung epidemischer Krankheiten können Ärzte sterile Instrumente, die auch zur Verabreichung von Betäubungsmitteln geeignet sind, an ihnen bekannte betäubungsmittelabhängige Patienten abgeben.»

Präventivmassnahmen im Vordergrund

Da derzeit noch keine wirksamen Medikamente zur Bekämpfung von Aids bekannt sind und die mehrmalige Verwendung von Spritzen durch verschiedene Personen zur weiteren Verbreitung dieser Immunschwächekrankheit beitragen kann, kommt nach Auffassung der Regierung den Präventivmassnahmen vorrangige Bedeutung zu. Die Abgabe von sterilen Spritzen durch Ärzte an Drogenabhängige, die nach unbestätigten Berichten teilweise bisher schon erfolgte, soll nach den Vorstellungen der Regierung allerdings nicht ohne Einschränkungen erfolgen.

Einzelheiten über die Abgabe wird die Regierung nach der Verabschiedung des Gesetzes über den Verordnungsweg regeln, doch ist derzeit schon so viel bekannt, dass sterile Spritzen nur durch Ärzte und nur an ihnen persönlich bekannte Drogenabhängige abgegeben werden dürfen. Da der Sinn der Spritzenabgabe darin besteht, bei den Abhängigen eine Verhaltensänderung zu fördern, im Sinne der Vermeidung von Spritzenaustausch, erwartet die Regierung durch die Abgabe durch Ärzte und deren Berufsgeheimnis eine gewisse Anonymität zu gewährleisten: «Bei der Abgabe durch staatliche Stellen wäre zu befürchten, dass sich viele Abhängige scheuen würden, sich dort zu melden und somit ihre Abhängigkeit zu offenbaren, wodurch der Zweck der Spritzenabgabe vereitelt würde.»

Landtag für Präventivmassnahmen

Grundsätzlich erklärte sich der Landtag in seiner letzten Sitzung mit dem Anliegen der Regierung zur straffreien Abgabe von sterilem Spritzenmaterial einverstanden, so dass die Annahme nicht fernliegt, die Vorlage zur Abänderung des Betäubungsmittelgesetzes werde in der nächsten Woche verabschiedet und in Kraft gesetzt. Allerdings waren sich verschiedene Abgeordnete des Widerstands bewusst, der zwischen der Strafbarkeit des Drogenkonsums und der Abgabe von Spritzen für den Gebrauch von illegalen Drogen besteht. Die von der Regierung angeführte Aids-Prävention hatte in den Erklärungen der Parlamentarier den Vorrang vor anderen Überlegungen. «Eine monokausale Betrachtungsweise des Drogenproblems», erklärte der FDP-Abgeordnete Otmar Hasler, «führt zu einer einseitigen, dem Problem des Suchtverhaltens nicht gerechtwerdenden Politik. Ich glaube, dass es richtig ist, wenn im vorliegenden Gesetzesentwurf der gesundheitliche Aspekt in den Vordergrund tritt.» Für den VU-Abgeordneten Manfred Biedermann ist die Abgabe steriler Spritzen, ohne gegen das Betäubungsmittelgesetz zu verstossen, «das kleinere der beiden Übel».

Morphium für Schwerstsuchtlinge?

Die von ihm schon während der Beratung des Drogenkonzeptes geäusserte Auffassung, dass für Schwerstsuchtlinge kontrollierte Verabreichung von Mor-

phium geprüft werden sollte, vertrat der FDP-Abgeordnete Dr. Dieter Walch erneut. Analog dem seit einigen Jahren in Liechtenstein praktizierten Methadon-Programm sollte nach seiner Ansicht auch ein Programm für Schwerstdrogenabhängige zur Verabreichung von Morphinum eingeführt werden, was durch eine weitere Änderung des Betäubungsmittelgesetzes möglich wäre. Diese Massnahme für Drogenabhängige, die schon seit Jahren Heroin spritzen, würde gemäss seinen Ausführungen «vor allem die ausgeprägte Beschaffungskriminalität zumindest verringern und gleichzeitig würde der sogenannte Drogenstrich eingeschränkt werden.» Zudem sieht der FDP-Abgeordnete Walch eine Möglichkeit, mit dieser Massnahme die Drogenhersteller ökonomisch zu bekämpfen.

Harte Strafen für Drogenhändler

Einen anderen Aspekt brachte der FDP-Abgeordnete Heinz Ritter in die Diskussion. Nach seiner Auffassung sollten die Gesetze verschärft werden, indem nicht drogenabhängige Händler «sehr streng bestraft» werden sollten. «Kapital aus Drogenhandel sollte», forderte er, «rigoros konfisziert werden und der Erlös daraus sollte zweckgebunden für Therapieplätze und ähnliches verwendet werden.»

Mehr über das Drogenkonzept und die Eintretensdebatte zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes über die Abgabe von Spritzen im Innern der heutigen Ausgabe.

Anstieg unseres Stromverbrauchs im letzten Jahr um 1,7 Prozent

Pressekonferenz der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) über das Geschäftsergebnis 1991 – Hoffnung auf Realisierung der Rheinkraftwerke

(G.M.) – Die Zunahme des Stromverbrauchs im Fürstentum Liechtenstein hat sich verlangsamt, aber auch die Eigenproduktion an elektrischer Energie ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies erklärte Heinz Büchel, Präsident des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) am Mittwoch an einer Pressekonferenz, als er zusammen mit den übrigen Mitgliedern des Verwaltungsausschusses den Jahresbericht 1991 vorstellte. Aus energiepolitischen Gründen setzen die LKW weiterhin auf die Verwirklichung der geplanten Rheinkraftwerke.

Die gesamte Stromabgabe der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) an das Landesnetz belief sich 1991 auf 224,9 Mio. kWh. Gegenüber dem Vorjahresverbrauch bedeutet dies einen Anstieg um 1,7 Prozent, womit die Zuwachsrate im Vergleich zu den Vorjahren (1990: Zuwachs 3,2 Prozent; 1989: Zuwachs 5,1 Prozent) gesunken ist. Verwaltungsratspräsident Heinz Büchel führt diese Verminderung der Zuwachsrate auf «die seit Jahren konsequent verfolgten Anstrengungen, den Konsumenten vermehrt zum Stromsparen zu bewegen», zurück. Die Tarifgruppe Haushalt, Landwirtschaft und Gewerbe zeigte dabei einen Zuwachs



Pressekonferenz des Verwaltungsausschusses der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) über das Geschäftsergebnis 1991: Der Stromverbrauch hat im vergangenen Jahr weniger stark als in den Vorjahren zugenommen, die Eigenproduktionsquote ist erneut gesunken. Von links Technischer Direktor Walter Marxer, Präsident des Verwaltungsrates Heinz Büchel, Kaufmännischer Direktor Egon Gstöhl und Vizepräsident Toni Nägele.

um 3,75 Prozent, während im gleichen Zeitraum der Anteil der Grossverbraucher um 0,7 Prozent abnahm.

Eigenproduktion geringer

Die Stromproduktion in den zwei eigenen Kraftwerken Samina und Lawena lag mit 53,8 Mio. kWh um 1,6 Prozent unter dem letztjährigen Ergebnis. Das schwache Produktionsergebnis führen die LKW vor allem auf die geringen Niederschläge im Winterhalbjahr zurück. Die niedrigen Wassermengen wirkten sich auch auf den Auslastungsgrad der Kraftwerksanlagen aus: Er schwankte von 17 Prozent im Februar bis 100 Prozent im Juli, woraus ein Mittelwert von 49,1 Prozent resultierte. Im Kraftwerk Samina wurden 41,9 Mio. kWh produziert, was im Vergleich zum Vorjahr eine Verminderung um 0,8 Prozent bedeutet, während das Kraftwerk Lawena bei einer Verringerung um 4,4 Prozent eine Produktion von 11,8 Mio. kWh erbrachte.

Vom gesamten Stromverbrauch Liechtensteins wurden im Jahresmittel 23,5 Prozent durch diese Eigenproduktion gedeckt. Gegenüber dem Vorjahr, als eine

Eigenproduktionsquote von 24,4 Prozent erreicht wurde, ist der Versorgungsgrad durch die beiden Kraftwerke Samina und Lawena leicht gesunken, wobei die Quote mit 56,5 Prozent im Juli am höchsten und mit 6,9 Prozent im Februar am niedrigsten war.

Mehr Stromzukauf

Aus dem leicht erhöhten Stromverbrauch und der verminderten Eigenproduktion resultierte für die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) im vergangenen Jahr ein erhöhter Bedarf für den Stromzukauf. Gesamthaft wurden 172,1 Mio. kWh von fremden Stromerzeugern bezogen, was einer Zuwachsrate von 2,9 Prozent entspricht. Von den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK) stammten 170,2 Mio. kWh, weitere 1,9 Mio. kWh konnten von der Firma Jenny, Spoerry & Cie. sowie den Blockheizkraftwerken bezogen werden. Aus den Blockheizkraftwerken, die teilweise erst während des Berichtsjahres in Betrieb genommen wurden, erwarten die LKW nach Angaben von Verwaltungsratspräsident Heinz Büchel in Zukunft eine Ab-

deckung von rund 1,5 Prozent des jährlichen Strombedarfs in Liechtenstein. Ferner setzen die LKW nach seinen Angaben auf die Stromproduktion durch kleinere Solarkraftanlagen.

Hoffnung auf Rheinkraftwerke

Vor allem aber hoffen die LKW, wie Verwaltungsratspräsident Heinz Büchel und Vizepräsident Toni Nägele bestätigten, auf die Verwirklichung der geplanten Rheinkraftwerke. Bis zum Frühjahr 1994 sollten nach diesen Angaben die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Behörden vorliegen, so dass bei einem positiven Entscheid zügig mit der Projektverwirklichung vorangegangen werden könne. Positiv äusserten sich beide in bezug auf die Grundwassersituation, die sich nach ihrer Auffassung verbessern könnte. Die LKW-Vertreter befürworteten jedoch vor allem aus energiepolitischen Gründen die Rheinkraftwerke. Angesichts der heutigen Strombeschaffungssituation, meinte Heinz Büchel, sei es fast eine Sünde, wenn täglich eine Menge Energie praktisch an der Haustüre ungenutzt vorbeifliesse.

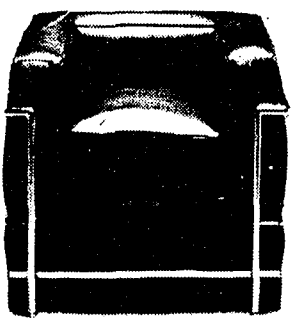
F/A-18-Debatte aufgenommen

Bern (spk) Der Nationalrat hat am Mittwoch die dreitägige Monsterebatte über die Beschaffung des F/A-18 in Angriff genommen. In der Eintretensdebatte bezogen die Fraktionen bereits klare Position: Die Bürgerlichen von FDP, CVP, SVP und AP mehrheitlich dafür, Linke, Grüne, LdU/EVP und Lega/SD beinahe geschlossen dagegen.

Ist der F/A-18 ein Relikt des Kalten Krieges oder eine langfristig nützliches Element einer glaubwürdigen Landesverteidigung – an dieser Frage schieden sich am Mittwoch im Nationalrat die Geister. Von seiten der Beschaffungsgegner lagen insgesamt sieben Rückweisungsanträge vor: 2 Anträge aus der CVP, 2 aus der Kommission, je einer von seiten der SP, der Lega/SD und der Grünen.

Die Befürworter argumentierten mehrheitlich mit der unsicheren Weltlage und der Notwendigkeit, die Schweizer Flugwaffe zu modernisieren. Die quer durch alle Fraktionen sich formierenden Gegner der 3,5 Mrd teuren Beschaffung forderten entweder den gänzlichen Verzicht auf den Flugzeugkauf oder zumindest eine Verschiebung bis nach der Volksabstimmung über die GSoA-Initiative.

LE CORBUSIER



THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
jeden Samstag geöffnet bis 16 Uhr

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT
SCHWEIZER MARKENUHREN

huber
EIBEL
les architectes du temps